

Badische Zeitung, 14.12.2005

# Gebiet gründlich untersucht

Landratsamt hat im Gebiet Eggen keine Erkenntnisse für Ablagerungen von gefährlichem Müll

**LÖRRACH -** Der Bebauungsplan für das 8,3 Hektar große Areal "Auf Eggen" kann im nächsten Frühjahr rechtskräftig werden. Voraussetzung dafür ist, dass der Gemeinderat der Satzung zustimmt. Die Stadtverwaltung geht davon aus, dass dem nichts mehr im Wege steht. Derzeit werden im Rathaus die Anregungen und Einwände von Anliegern aufgearbeitet. Das Landratsamt Lörrach kündigte gestern bei einem Gespräch mit den Medien an, dass es zur Überbauung grünes Licht geben werde.

VON BADISCHE ZEITUNG-REDAKTEUR  
HORST DONNER

Nach heutigen Erkenntnissen seien die in der einstigen Tongrube lagernden Altlasten "nicht gefährlich", sagte der Umwelt-Fachbereichsleiter im Landratsamt, Dr. Georg Lutz. Insgesamt lägen für die fachliche Beurteilung inzwischen aus Schürfungen und Bohrungen bis in eine Tiefe von 15 Metern 1400 Analysenwerte vor. Keine einzige lasse den Schluss zu, dass im Planungsgebiet "gefährliche Chemieabfälle" vorhanden seien. Eva de Haas und Winfried Otto, beide von Landratsamt, bekräftigten bisherige Angaben, wonach es sich bei dem Auffüllmaterial lediglich um ein Prozent Gewerbeabfall handle. Dieser setze sich aus teerhaltigen Korkböden, Straßenaufbruch und Gießereisand zusammen. Chemische Ablagerungen seien nicht gefunden worden. Angaben, die im Jahr 2002 gemacht worden seien, stützten sich auf damalige Untersuchungen. Inzwischen habe man diese erheblich ausgeweitet. Von einer Irreführung, wie Bürger behaupteten, könne deshalb keine Rede sein. Nach dem öffentlichen Anhörungstermin im Rathaus kam es am 18. November zu einem erneuten, 4 Stunden dauernden Gespräch zwischen Vertretern der Stadt, des Landratsamtes und drei Bürgern.



Sie informierten gestern (von links): Stadtplaner Walther Schwenzer, Bürgermeisterin Marion Dammann, Eva de Haas und Fachbereichsleiter Georg Lutz vom Landratsamt.

Es komme Ihr darauf an, Einwände und Ängste von Bürgern ernst zu nehmen, sagte Bürgermeisterin Marion Dammann. Die Stadt habe sich kaum in einem Bebauungsplanverfahren zuvor so intensiv mit Bedenken von Anliegern auseinander gesetzt. "Mir geht es um ein transparentes Verfahren", sagte sie. Anfänglich hätten bei der Stadt und beim Landratsamt zur Überbauung Bedenken bestanden. "Diese sind aufgrund der Untersuchungsergebnisse ausgeräumt." Zu kritischen Äußerungen stellte die Bürgermeisterin fest, dass der Anstoß zur Sanierung und Überbauung des Gebietes nicht von der Stadt, sondern vom Landratsamt gekommen sei. Die Umweltbehörde habe die Chance erkannt, das Gebiet zu sanieren, nachdem das Planungsbüro Eisele sich auch als Investor für den Kauf des Areals interessierte.

Den Hinweisen von Zeitzeugen, wonach sich mit Chemie gefüllte Fässer in der Deponie befänden, sei man nachgegangen, erklärte Lutz. "Untersuchungen bestätigten das aber nicht." Der Interessengemeinschaft Deponiesicherheit Region Basel lägen keine Hinweise auf Ablagerungen von Chemiemüll vor. Grundwasseruntersuchungen stünden noch aus. Moderne Verfahren ließen diese aber noch während der Bebauung zu.